

**Rede
des Sprechers für Bauen und Wohnen**

Alptekin Kirci, MdL

zu TOP Nr. 28a

Fragestunde

**Land bei Klimaschutz als Vorbild? – Warum gibt es
fast keine Solaranlagen und Ladestationen bei
Landesgebäuden?**

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/10725

während der Plenarsitzung vom 25.02.2022
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Erst einmal herzlichen Dank an Herrn Meyer und Frau Byl für diese Anfrage, dass wir dieses wichtige Thema hier diskutieren können.

Ich möchte ein paar Fakten nennen. Niedersachsen hat im Dezember 2021 das Klimapakete beschlossen, und - Herr Meyer, das hatten Sie auch gesagt - Klimaschutz ist auch in die Verfassung aufgenommen. Wir haben uns das Ziel gesetzt, im Jahr 2045 klimaneutral zu sein. Das Land Niedersachsen muss hier Vorbild sein. Das ist absolut richtig. Wir müssen hier in Vorleistung treten.

Dazu noch einige Zahlen. Lassen Sie uns die Dächer anschauen. Wir haben ein Potenzial von 50 GW für Photovoltaik und nicht 45 GW; das möchte ich betonen. Richtig ist natürlich auch: Wenn wir die Klimaziele erreichen wollen, dann können wir nicht ausschließlich auf die Wirtschaftlichkeit gucken; das haben wir im Gesetz auch so verankert. Deswegen ist das klar.

Da befinden wir uns in der Diskussion. Der Landesrechnungshof hat dazu seine Kritik geäußert. Ich bin froh, dass wir mit Olaf Lies einen Treiber in der Klima- und Umweltschutzpolitik haben, der das Thema nach vorne bringt. Sachen. Aus Ihrer Anfrage geht hervor: Die Zahl der Solardachflächen ist derzeit noch gering. Das hat seine Ursachen in der Notwendigkeit umfassender Prüfungen der Gebäude im Hinblick auf die tatsächliche Eignung der Dachflächen, die Statik und den Denkmalschutz.

Das sind die Fakten, warum das so schwierig ist.

Wir reden hier über 2.800 Gebäude mit einer Fläche von 1,5 Millionen m², die seit 2020 in einem entsprechenden Kataster verzeichnet worden sind. Allein das signalisiert, dass der Bau von Solaranlagen auf Landesgebäuden eine umfassende und prüfintensive Aufgabe ist.

Das Staatliche Baumanagement, das dafür zuständig ist, befindet sich in einem Prozess der Umorganisation - das hätte Ihnen Ihr Kollege auch einmal sagen können -, der eine weitere riesige Herausforderung neben dem Fachkräftemangel ist.

Zudem verfolgt das Baumanagement derzeit die Errichtung von Ladesäulen für E-Fahrzeuge mit hoher Priorität, was wir als SPD ausdrücklich begrüßen.

Hinzu kommt, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den Betrieb solcher Anlagen aktuell leider nur dann günstig sind, wenn potenzielle Errichter und Betreiber den Strom dort verbrauchen lassen können, wo er entsteht. Die Netzeinspeisung bietet derzeit leider nicht die nötige Wirtschaftlichkeit.

Auch das gehört zu den Tatsachen.

Außerdem stehen dem Eigenverbrauch in den Gebäuden bis Ende des Jahres die Energielieferverträge des Landes entgegen. Auch das steht in der Antwort auf die Anfrage, die Sie gestellt haben. Das hätten Sie auch sagen können.

Insofern sind infrage kommende Energiegenossenschaften zurückhaltend dabei, die Dachflächenpotenziale auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten gut zu erschließen. In der anstehende EEG-Novelle im Rahmen des Osterpakets sind entsprechende Korrekturen erforderlich. Hier sind Bundesminister Habeck und das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz gefordert.

Übrigens zeigen auch andere Beispiele, dass sich wünschenswerte Entwicklungen nicht allein aus politischem Willen speisen. Im grün regierten Baden- Württemberg - auch das gehört zur Wahrheit - hat man sich bereits 2010 darangemacht, Solardächer auf Landesliegenschaften zu bauen. 2010 hat hier noch jemand anders regiert. Begonnen hat man dort mit 50.000 m². Zehn Jahre später waren es 133.000 m². Bis 2030 sollen es 175.000 m² sein. Die Stuttgarter Landesregierung sieht sich damit an der Spitze der Bundesländer.

Angesichts dieser Erfahrungen ist es sicherlich nicht sachgerecht, mit der vollständigen Erschließung der 1,5 Millionen m² hier in Niedersachsen zu rechnen. Stattdessen müssen wir weiterhin effizient, sachgerecht und sorgfältig planen, um einerseits ein Maximum an Fläche für die Nutzung der Sonnenenergie und andererseits Energieeffizienz in den Gebäuden zu erreichen.

Außerdem müssen wir daran arbeiten, hemmende Rahmenbedingungen positiv zu verändern. Das wird nicht ohne stärkere Investitionsanreize für private Betreiber gehen. Geschätzt reden wir über einen Investitionsbedarf von 325 Millionen Euro.

Ein nicht unwesentlicher Teil der Verantwortung für wirtschaftlichen Solarstrom und wirtschaftliche Solarwärme liegt beim grünen Vizekanzler und Energieminister Robert Habeck in Berlin.

Die Bremsen für den Ausbau der Photovoltaik durch Investoren, Bürgerenergiegenossenschaften und Hausbesitzer müssen jetzt zügig beseitigt werden. Zu nennen sind hier beispielsweise die Ausbauziele, der Deckel, die Degression, die zu geringe Einspeisevergütung und das Thema PV-Mieterstrom.

Hier ist auch Ihr Parteifreund Robert Habeck gefordert, schnell zu handeln und die Ampel für die Nutzung der Sonnenenergie auf Grün zu stellen. Insofern müssen Sie auch im eigenen Lager etwas für die richtigen Rahmenbedingungen unserer Klimazukunft tun.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Landesregierung hat sich mit dem Klimagesetz und der Landesverfassung zum Klimaschutz bekannt und ein Klimapakete auf den Weg gebracht. Es gibt keinen Zweifel daran, dass weitere Maßnahmen für mehr Klimaschutz im Rahmen der nun verankerten Ziele des Bundes auch auf Landesebene gesetzlich zu verankern sind. Es gibt kein Erkenntnisproblem. Wir wissen, dass das Land eine wesentliche Vorbildfunktion erfüllen muss und auch wird. Das gilt für die Photovoltaik, es gilt für die energetische Sanierung von Landesliegenschaften, es gilt für die Fahrzeugladeinfrastruktur und mehr emissionsfreie Mobilität bei den Fahrzeugen im Landesdienst. Diese Dinge sind auf dem Weg und in vielen Fällen mit Kabinettsbeschlüssen und auch Haushaltsmitteln hinterlegt.

Sie, lieber Herr Meyer, haben doch als Agrarminister dieses Landes auch erfahren und lernen müssen, dass politische Entschiedenheit allein das Problem nicht aus der Welt schafft. Sie brauchen stattdessen günstige, investitionsfreundliche Rahmenbedingungen, die nötigen Ressourcen und bestenfalls die Überzeugung aller Beteiligten. Und auch das ist noch keine Garantie für eine schnelle Lösung.

Lassen Sie uns also ruhig darum streiten, wie wir die gesteckten Ziele schneller erreichen können, wenn sie denn berechenbar sind. Das sind sie bei der Klimateffizienz der Landesliegenschaften in vielen Punkten leider noch nicht.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.